

Berlin, 17.5.2006

KONFERENZ DER VERKEHRSMINISTER UND –SENTOREN DER LÄNDER AM 16./17. MAI
IN BERLIN

Im Anschluss an die zweitägige Verkehrsministerkonferenz informierten heute die Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz, **die Berliner Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer**, der **Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen, Oliver Wittke** und der **Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Jörg Hennerkes** über die Ergebnisse der Konferenz.

Die Tagesordnung der turnusmäßigen Konferenz umfasste u.a. folgende Themen: Vorbereitung der Revision des Regionalisierungsgesetzes, Privatisierung der DB AG, Bewältigung der verkehrlichen Anforderungen im Zusammenhang mit der Ausrichtung der Fußball-WM 2006, Überprüfung des Sanktionsniveaus bei Verkehrsverstößen, Fragen zur Anerkennung von ausländischen Führerscheinen sowie die Zulassung von überschweren Nutzfahrzeugen.

Bereits im März 2006 hatten die Minister auf einer Sondersitzung der Verkehrsministerkonferenz ihre Position zur der von der Bundesregierung angestrebten Revision der Regionalisierungsmittel verdeutlicht. Auch in ihrer turnusmäßigen Sitzung bekräftigen die Verkehrsminister der Länder, dass eine ausreichende Ausstattung der Länder mit Regionalisierungsmitteln die unabdingbare Grundlage für eine erfolgreiche Verkehrspolitik ist. Durch die Bereitstellung der Mittel für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) nach dem Regionalisierungsgesetz konnte eine verkehrspolitische Wende eingeläutet werden: Insbesondere in den großen Flächenländern aber auch in den Ballungsräumen gibt es nachweislich eine Steigerung der Fahrten mit dem ÖPNV und dem SPNV zu Lasten des Individualverkehrs. Dieses erfolgreiche Umsteuern zugunsten der Schiene würde durch die von der Bundesregierung geplante Reduzierung der Mittel in Frage gestellt werden.

Ingeborg Junge-Reyer, Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz und Berliner Senatorin für Stadtentwicklung: „Die Haushaltskonsolidierung ist ein wichtiges Ziel der Bundesregierung. Die Bundesländer sind bereit ihren Teil dazu beizutragen, deshalb verzichten die Länder auf die bereits beschlossene Dynamisierung der Regionalisierungsmittel um 1,5% für 2007. Das bringt eine Einsparung von ca. 107 Millionen Euro. Aber es muss gewährleistet sein, dass eine erfolgreiche Verkehrspolitik - durch die Menschen zum Umsteigen vom Auto auf die Schiene bewegt werden - fortgeführt werden kann. Kürzungen der Regionalisierungsmittel gehen zwangsläufig zu Lasten des ÖPNVs und gefährden die bisher erreichten Standards. Haushaltspolitik steht hier gegen Verkehrspolitik. Die Verkehrsminister der Länder haben dabei eine klare Position: Die ökonomisch und ökologisch sinnvolle Stärkung des öffentlichen Verkehrs darf nicht bedenkenlos geopfert werden.“

Die Revision des Regionalisierungsgesetzes ist untrennbar verknüpft mit der Aufstellung des Haushaltsbegleitgesetzes. Im Rahmen der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages unterstrichen die Haushälter nochmals ihr Ziel, in erheblichem Umfang die Regionalisierungsmittel für 2006 und 2007 - und nach der Revision des Gesetzes in einem zweiten Verfahrensschritt auch bis 2010 - zu kürzen. Die Verkehrsminister der Länder sind deshalb zu dem Schluss gekommen, dass die Anrufung des Vermittlungsausschusses voraussichtlich unumgänglich wird. Um die weitere Vorgehensweise zwischen den Bundesländern und dem Bund noch vor der förmlichen Einsetzung eines Vermittlungsausschusses auszuloten, fordern die Verkehrsminister der Länder vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Fortsetzung der Gespräche. Das Bundesministerium wird deshalb schon für kommenden Montag, den 22.5.2006 einladen. Teilnehmer auf Länderseite sind die Senatorin für Stadtentwicklung aus Berlin, Ingeborg Junge-Reyer, die Minister aus Sachsen, Thomas Jurk, Sachsen-Anhalt, Dr. Karl-Heinz Daehre sowie Nordrhein-Westfalen, Oliver Wittke.

Der tatsächliche Bedarf der Länder an Regionalisierungsmitteln soll – wie gesetzlich vorgeschrieben – zum Jahr 2008 ermittelt werden. Um den Vorwurf zu entkräften, dass bisher die vom Bund bereit gestellten Mittel nicht sachgerecht vergeben worden seien, hatten die Verkehrsminister im März zugesagt die Mittelverwendung offen zu legen. Alle 16 Bundesländer haben deshalb anlässlich dieser Konferenz die Verwendung der Regionalisierungsmittel für die Periode 2002 – 2005 dargelegt. Diese Darstellungen gehen nun an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Die Länderminister unterstrichen, dass bei der angestrebten Privatisierung der Deutschen Bahn AG die Länderinteressen gewahrt werden müssen. Bisher würden z.B. die Auswirkungen einer Privatisierung auf die regionalen Bahnnetze nicht ausreichend gewürdigt. Daneben ist in dem bisherigen Diskussionsstand noch nicht ausreichend geklärt worden, wie die Länder auch nach einer Privatisierung verkehrspolitisch Einfluss nehmen können. Beachtet werden muss dabei, dass die Länder durch die Bestellung der Nahverkehrsleistungen bei der Bahn, Großkunde der DB AG ist. Die Länder fordern deshalb den Bund auf, bereits im Vorfeld einer Bundesratsentscheidung in die Entscheidungsfindung zur Bahnprivatisierung mit einbezogen zu werden.

Die Verkehrsminister der Länder halten, trotz der bereits erzielten Erfolge, eine weitere Verbesserung der Verkehrssicherheit für notwendig. Ein Mittel hierzu kann auch die Erhöhung des Sanktionsniveaus für schwere Verkehrsverstöße, wie Fahren unter hohem Alkohol- oder Drogeneinfluss, sein. Wichtig neben der Verabschiedung höher Bußgelder ist jedoch aus Sicht der Länder die Intensivierung der Verkehrsüberwachung. Nur mit einem Gesamtkonzept kann das Ziel der höheren Verkehrssicherheit erreicht werden. Deshalb wollen sich die Verkehrsminister mit den zuständigen Innenministern der Länder über ein Gesamtkonzept zur Erhöhung der Verkehrssicherheit verständigen.

Hr. Schmidt, Vizepräsident des OK und Herr Dr. Kuchenbecker, Länderkoordinator der VMK zur FIFA-WM 2006, erläuterten den Ländern den derzeitigen Stand der Vorbereitungen zur Fußball-WM. Nach sechs Jahren Vorarbeit sind nun die notwendigen Arbeiten in allen WM-Austragungsstätten abgeschlossen. Insgesamt werden während der WM 200.000 Menschen – vom Spieler bis zum Volunteer – tätig sein. Die bis zu 10 Mio. Besucher, die in Deutschland während der WM unterwegs sind, treffen auf eine deutlich verbesserte Verkehrsinfrastruktur. So wurde z.B. in Dortmund oder München aus Landesmitteln in den ÖPNV investiert, um leistungsfähige S-Bahnverbindungen ins Stadion sicherzustellen.

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Jörg Hennerkes, informierte die Landesminister über die Verkehrspolitik des Bundes. Er erläuterte die Mit-

telzuteilung für Verkehrsinvestitionen und verwies auf die Bedeutung von europäischen Verkehrsthemen auch vor dem Hintergrund der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands.

Die VMK erörtert verkehrspolitische Themen von grundsätzlicher Bedeutung, die im Verhältnis der Länder untereinander und/oder im Verhältnis der Länder zum Bund besonders aktuell sind. Die Verkehrsministerkonferenzen finden in der Regel zweimal im Jahr statt. Zu den Verkehrsministerkonferenzen wird der Bundesminister für Verkehr (BMVBW) als Gast eingeladen. Derzeitige Vorsitzende ist die Berliner Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer. Die VMK ist ein wichtiges Instrument der Zusammenarbeit der Länder untereinander. Neben dem gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch dient sie dem Zweck, gemeinsames politisches Handeln im eigenen Bereich oder gegenüber dem Bund in Beschlüssen festzuschreiben.